

Lübeck, 27.11.2019

Interfraktioneller Antrag

Fraktionen:
Geschäftsstelle der SPD Fraktion
Fraktionslos
Geschäftsstelle der CDU-Fraktion

Bearbeitung: Christine Vitzthum (E-Mail: vitzthum@spdfraktion-luebeck.de Telefon: 122-1036)

SPD, CDU u. BM Möller: Antrag zu VO/2019/08291, Arbeitnehmervertreter*Innen in städtischen Gesellschaften

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
28.11.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

1) Der Bürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, wie mit der nächsten Neubesetzung der Aufsichtsräte in städtischen Gesellschaften (nach der nächsten Kommunalwahl), die nicht unter die verbindliche drittelparitätische Beteiligung des DrittelbG fallen um eine Beteiligung der Arbeitnehmervertreter*Innen in den Aufsichtsräten erfolgen kann. Eine Erhöhung der Anzahl der Sitze ist nicht vorgesehen.

2) Der Bürgermeister wird aufgefordert, die Gesellschafterverträge der städtischen Gesellschaften, die unter das DrittelbG fallen, dahingehend zu ändern, dass die in den Aufsichtsrat entsendeten Arbeitnehmervertreter*Innen ebenfalls geschlechterparitätisch zu besetzen sind. Die ggf. notwendige Zustimmung von Mitgesellschaftern ist einzuholen.

Begründung:

erfolgt mündlich

Anlagen: